

druck« verharmlost. Überhaupt neigt er wohl angesichts des reichhaltigen SAP-Materials⁵ – eine der Hauptquellen – zur einfachen Übernahme der politischen Charakterisierungen, die diese für ihre Gegner verwendete: Ehemalige Trotzlisten (vor allem in der POUM) waren für sie immer und ewig Trotzlisten. Auch ist die Charakterisierung der POUM nach dem Sommer 1936 als »linksradikal« – z. T. im Rückgriff auf die in einer Reihe von Punkten problematische Arbeit von Victor Alba – fehl am Platz. Dazu war die POUM zum einen viel zu heterogen. Zum anderen muß man die POUM auch im Zusammenhang mit der Polarisierung innerhalb der gesamten spanischen Arbeiterbewegung zu diesem Zeitpunkt sehen (Konflikte innerhalb der Sozialisten wie Anarchisten). Aber, soweit man die Diskussion solcher Einzelpunkte auch treiben kann, das ändert doch nichts am Wert der Gesamtdarstellung.

Was abschließend aber als ärgerlich anzumerken wäre, ist eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Druckfehlern und Fehlschreibungen einiger Namen (z. B. heißt der Bund-Führer Erlich mit Vornamen Henryk und nicht Hermann). Auch werden manche Fremdwörter sinnentstellend »eingedeutscht« (wie »Partisanen« für »Anhänger« oder »prinzipielle Sprecher« für »Hauptsprecher«). Da hat den Verfasser die Fülle und Vielsprachigkeit des Stoffs wohl doch zu sehr überwältigt, was man aber in einer gedruckten Fassung eigentlich nicht mehr erwartet. Verständlicher ist angesichts der Vielzahl der zu behandelnden Organisationen eine Reihe kleiner Fehler: Von den tschechoslowakischen »Rechtskommunisten« gingen mindestens genauso viele zur Sozialdemokratie wie zu den Trotzlisten (S. 77). Die Arbeiterallianz in Katalonien wurde real erst im Dezember 1933 gegründet (S. 97). Die Beziehungen zwischen den spanischen Trotzlisten und Trotzki sind falsch beschrieben: Erst *nach* der Bildung der POUM kam es 1936 über die Politik der POUM zum Bruch (S. 148). Der Moskauer Schauprozeß gegen die Menschewiki fand im Februar 1931 statt (S. 266). Largo Caballero wurde bereits 1937 aus der Führung der sozialistischen Gewerkschaft UGT (Unión General de Trabajadores) verdrängt (S. 296). Die Saigoner Gruppe La Lutte wurde erst ab 1937, nachdem die KP ausgeschieden war, von den Trotzlisten hegemonisiert (S. 299). Unklar ist der Name der schwedischen Linksozialisten, die erst als »Schwedische Sozialistische Partei«, dann aber zum Schluß auch als »Revolutionäre Sozialistische Partei« auftauchen (S. 311), in der schwedischen Literatur dagegen nur als »Sozialistische Partei« erwähnt sind.

Reiner Tosstorff, Frankfurt

Peter Heumos, Die Konferenzen der sozialistischen Parteien Zentral- und Osteuropas in Prag und Budapest 1946 und 1947. Darstellung und Dokumentation (= Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. XXII, hrsg. im Auftrag des Arbeitskreises der Osteuropahistoriker an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen von Günther Stöckl), Franz Steiner Verlag Wiesbaden, Stuttgart 1985, VI, 172 S., kart., 52 DM.

Prag und Budapest waren vom 7.–9. Dezember 1946 bzw. vom 17.–19. Mai 1947 die Schauplätze zweier Konferenzen, an denen Vertreter der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien aus Polen, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien sowie der Tschechoslowakei teilnahmen. In den bisherigen Arbeiten über die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg (Loth; Steininger; Misgeld) sind diese Konferenzen nicht erwähnt worden. Um so größer ist das Verdienst des Bochumer Historikers P. Heumos, auf dieses unbekannt gebliebene Kapitel osteuropäischer Nachkriegspolitik aufmerksam gemacht zu

⁵ Im wesentlichen handelt es sich dabei um die im Depositum Willy Brandt (Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung) enthaltenen Rundschreiben der SAP-Leitung. Allein schon zur Dokumentation des internationalen Linksozialismus wäre deren Edition lohnend.

haben. Er hat 31 relevante Dokumente – davon 29 erstmals – veröffentlicht; die wichtigsten stammen aus dem Archiv der britischen Labour Party (Berichte über die Konferenzen, Referate einzelner Teilnehmer) und dem Public Record Office in London (Berichte der britischen diplomatischen Vertreter vor Ort, Schreiben von Denis Healey, dem Leiter der internationalen Abteilung der Labour Party). Recherchen von Heumos in anderen westeuropäischen Archiven bestätigen, was schon früher konstatiert wurde, daß nämlich die Quellenlage zur internationalen sozialistischen Bewegung in den ersten Jahren nach Kriegsende generell unbefriedigend ist. (Osteuropäische Archive konnten nicht benutzt werden.) In einer einleitenden Darstellung ordnet Heumos die Dokumente in den größeren politischen Zusammenhang jener Jahre ein. 36 Kurzbiographien von Delegierten der Konferenzen runden den Band ab (dem leider ein Autoren- und Sachregister fehlt).

Was diese »Donaukonferenzen« so interessant macht, wird deutlich, wenn man sich jene Fragenkomplexe anschaut, über die in erster Linie diskutiert worden ist, nämlich 1. das Verhältnis dieser Parteien zu ihren westeuropäischen Schwesterparteien und, damit verbunden, die Frage nach dem Neuaufbau der Sozialistischen Internationale; 2. Möglichkeiten einer intensiven politischen Zusammenarbeit der Parteien und engen wirtschaftlichen Kooperation dieser Länder; 3. das Verhältnis zur Sowjetunion, das Problem der Blockbildung und der eigene Weg zum Sozialismus.

1. Die Wiedererrichtung der Internationale war ein Thema, das damals auf allen großen sozialistischen Konferenzen diskutiert wurde (März 1945, London; Mai 1946, Clacton; November 1946, Bournemouth; Juni 1947, Zürich; Dezember 1947, Amsterdam; Juni 1948, Wien). Die osteuropäischen Parteien lehnten eine solche Wiedererrichtung ab und forderten die Schaffung einer Arbeiterinternationale, die nach dem Vorbild des Weltgewerkschaftsbundes sozialistische *und* kommunistische Parteien zusammenfassen sollte. Einen entsprechenden Antrag brachten sie bereits – erfolglos – in Clacton ein und legten ihn erneut in Bournemouth vor. Der Grund hierfür war einsichtig genug: Man konnte nicht auf nationaler Ebene mit den Kommunisten zusammenarbeiten und sich gleichzeitig in einer Organisation majorisieren lassen, die mehrheitlich die Aktionseinheit mit Kommunisten prinzipiell ablehnte und bereits – wie in Clacton geschehen – der »westlichen Zivilisation« den »Ostblock« gegenüberstellte. Und das hieß: keine Internationale, sondern nur eine lockere Vereinigung mit informell-konsultativem Charakter (seit Clacton das Socialist Information and Liaison Office, SILO; seit Antwerpen das Committee of the International Socialist Conference, COMISCO). In Prag und Budapest bekräftigten die Parteien ihren Standpunkt, den sie als Beitrag zur Verhinderung von Blockbildungen sahen, wohl auch ahnend, daß sie eine solche Blockbildung nicht überleben würden. So boten Blockbildungen nach Auffassung der ungarischen Sozialisten nur die unerfreuliche Alternative, »zwischen den Hammer des russischen oder den Amboß des amerikanischen Dollar-Imperialismus zu kommen«. In Prag wurde fast schon beschwörend darauf verwiesen, daß der »Eiserne Vorhang weder politisch noch ökonomisch existiert«, und betont, die Sozialisten würden sich »jeder Teilung der Welt in Ost und West widersetzen«.

Ad 2: Mit der Zusammenarbeit der Parteien erhoffte man sich einen effektiveren Kampf gegen den politischen Gegner: kommunistische und bürgerliche Parteien; man dachte an ein gemeinsames Informationssystem und gemeinsame ideologisch-politische Schulung der Funktionäre. Im Mittelpunkt der Beratungen stand allerdings die Frage, wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder intensiviert werden könne. Hier wurden geradezu »moderne« Konzepte entwickelt, die erst später – und dann unter völlig anderen Voraussetzungen – realisiert werden sollten. Die Ungarn plädierten für eine möglichst rasche und umfassende enge wirtschaftliche und soziale Integration: U. a. sollten ein Allgemeines Sozialistisches Arbeitsamt und ein Allgemeines Sozialistisches Genossenschaftsbüro errichtet werden; es gab Vorschläge zur langfristigen Abstimmung und Harmonisierung der industriellen Produktionspläne, zu einem multilateralen Clearing-System, zur Organisation zwischen-

staatlicher Kreditgewährung, Vereinheitlichung der Währungs- und Kreditpolitik und zum Abschluß langfristiger bilateraler Handelsverträge. Nicht auszuschließen ist, daß dabei auch die Absicht eine Rolle spielte, mit diesem Wirtschaftsverbund ein Gegengewicht zu den sowjetischen Vorherrschaftsansprüchen zu schaffen.

Das führt zum o.g. Punkt 3: Alle Überlegungen in Prag und Budapest wurden mit Blick auf Moskau angestellt. Die Beratungen standen unter dem Zwang, alles zu vermeiden, was das Verhältnis zur Sowjetunion belasten konnte. Nicht einmal der Begriff »Donaustaaten« wurde verwendet, aus Furcht, den Eindruck zu erwecken, man wolle einen Block schaffen, der sich von der restlichen Welt absondere oder sich gegen andere Staaten richte, Osteuropa solle im Gegenteil in die Weltwirtschaft einbezogen werden. Gleichzeitig reklamierte man für sich das Recht, einen eigenen Weg zu Freiheit und Sozialismus zu finden, der »polnisch für Polen, tschechoslowakisch für die Tschechoslowakei« sein müsse.

Auch in Prag und Budapest ging dabei nichts ohne die »deutsche Frage«, und hier war das Dilemma gerade für Polen und Tschechen besonders groß. Die Deutschen waren vertrieben worden; und wenn der polnische Vertreter in Prag erklärte, Polen werde an der Oder-Neiße-Linie »nie mehr rütteln lassen«, brauchte man dafür die Sowjetunion.

Waren die Sozialisten so blauäugig, um die Gefahren, die mit der Sowjetunion als »Schutzmacht« verbunden waren, nicht zu sehen? Gab es realistische Alternativen? Der Ungar Szakasits forderte in Budapest eine »Donaukonföderation in Anlehnung an Sowjetrußland«. War er Realist oder nur »fellow-traveller«? Die Frage nach dem eigenen Spielraum haben sich die Sozialisten nie wirklich gestellt. Hatten sie unter den gegebenen Umständen überhaupt eine Chance zum Überleben? Szakasits' Vorschlag wurde abgelehnt, nicht zuletzt aufgrund des Widerstands der Österreicher, die mit dem Verlassen der Konferenz drohten. Die Österreicher konnten sich das leisten, in ihrem Land gab es noch drei weitere Besatzungsmächte.

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Schon wenige Monate nach Budapest gab es in Osteuropa keine sozialistischen Parteien mehr. Es kam zu jener Blockbildung, die sie hatten vermeiden wollen, und dies bedeutete das Ende. Im Jahre 1951 endlich wurde in Frankfurt die Sozialistische Internationale wiedererrichtet. Ein Teil jener Delegierten, die in Prag und Budapest noch große Pläne gehabt hatten, nahm auch an dieser Konferenz teil: jetzt allerdings als Vertreter von »Parteien im Exil«.

Rolf Steininger, Innsbruck